

Bernd Jürgen Warneken

„Soziokultur“ auf Stadtfesten

Über die Möglichkeiten und Grenzen eines Reformmodells

Die Anfang der 70er Jahre vor allem von sozialdemokratischen und liberalen Kulturpolitikern projektierte Reform der kommunalen Kulturpolitik - die im übrigen verschiedene Beiträge zur Kulturpflege erst zu einer „Politik“ zusammenzufassen suchte - ist nur in Ansätzen realisiert worden. Auch von diesen wurde einiges in den letzten Jahren bereits wieder kassiert - es genügt hier, an das Beispiel Frankfurt zu erinnern. Die Hoffnung auf eine relativ leichte Durchsetzbarkeit vermehrter und demokratisierter Kulturarbeit im gegenwärtigen Kapitalismus wurden damit ebenso widerlegt wie die Meinung, die sozialliberal angeführte Reform sei genau das, was die „imperialistische Kultur“ auf den zeitgemäßen Stand von Durchorganisation und Massenwirksamkeit bringe und müsse daher, mit geringen Modifikationen, von allen bürgerlichen Kräften unterstützt werden.

Dennoch ist die kommunale Kulturpolitik weder quantitativ noch qualitativ beim Stand der 60er Jahre stehengeblieben oder auf ihn zurückgeschraubt worden. Der gestiegene Bedarf an öffentlich bereitgestellten Kultur- und Kommunikationsangeboten, verbunden mit einem keineswegs abnehmenden Interesse insbesondere Jugendlicher an einer - wie vage auch immer definierten - „alternativen“ Kultur war von den Stadtverwaltungen nicht durchweg ignorierbar. Zu den wenigen Praxisfeldern, auf denen sich neue Formen kommunaler Kulturarbeit herausgebildet haben, gehören gegenwärtig die Stadtfeste. Sie haben sich in den letzten Jahren nicht nur vervielfacht, sondern auch häufig den Charakter traditioneller, von „Rummel und Ritual“ dominierter Heimat- und Volksfeste abgestreift. Zahlreiche Stadtfeste, Stadteilfeste, Stadtteilwochen - es geht hier nur um offizielle städtische Feste - sind, neben anderen Neuerungen, von dem Versuch geprägt, über traditionelle Formen von Festunterhaltung und Festgeselligkeit hinaus auch ein Kulturforum darzustellen (wobei „Kultur“ hier im engeren Sinn ästhetischer-künstlerischer Tätigkeit gemeint ist). Sie sollen, dem Schlagwort „Kultur für alle“ nachkommend, den Angeboten insbesondere auch der kommunalen Kultureinrichtungen ein neues, kulturpolitisch bisher vernachlässigtes Publikum zuführen. Zugleich sollen sie auch der Tätigkeit „freier“ Kultureinrichtungen und Kulturschaffender sowie der Laienkultur Raum geben: man könnte hierfür den Begriff „Kultur durch alle“ gebrauchen. Mit dieser doppelten Stoßrichtung der „Vergesellschaftung“ von Kulturrezeption wie von eigener

Kulturproduktion läßt sich dieser - in den einzelnen neuen Stadtfesten natürlich unterschiedlich verwirklichte - Festtypus als ein Paradigma „soziokultureller Aktivierung“² bezeichnen; vor allem ist er das quantitativ bedeutendste Experimentierfeld einer neuen kommunalen Kulturarbeit insgesamt.

Daß sich dies neue Stadtfest, antizyklisch zur Entwicklung der Kulturpolitik stehend, auch in allerjüngster Zeit weiterverbreitet hat - zahlreiche dieser Feste sind erst 1976 und danach erstmals veranstaltet worden - hat seinen Grund nun freilich nicht nur in seinen besonderen kulturellen Möglichkeiten, die von den Kultur- und Stadtverwaltungen, die solche Feste durchführen, als einfach unwiderstehlich empfunden worden wären. Vielmehr ist zum einen daran zu denken, daß der Kostenaufwand, den die Verwaltung für solche Feste zu erbringen hat, im Vergleich zur Fülle des Programms und zur Größe des von ihm erreichten Publikums relativ gering ist. So kostete z. B. das Cityfest Duisburg, ein Wochenende lang, das Kulturdezernat nur 20 000 DM - eine Aufführung des Schauspielhauses in benachbarten Düsseldorf war zur selben Zeit nur 5000 DM billiger.³ Möglich werden solche - oft natürlich auch höherliegende - Zahlen durch die freiwillige Mehrarbeit städtischer Kulturangestellter, mit der beim immerhin noch besonderen Anlaß eines Stadtfestes gerechnet werden kann, vor allem aber durch den partizipativen Charakter der Feste, die eben zu einem großen Teil von gering unterstützten oder honorarlos arbeitenden - zum Teil durch Warenverkauf beim Fest auch verdienenden - Vereine, Künstler- und Laiengruppen bestritten werden. „Hin- und Rücktransport sowie Auf- und Abbau der Aufstellung übernahm der Meister selbst“, heißt der exemplarische Satz hierzu, der Beschreibung einer Kunstaussstellung bei der Stadtteilwoche Bochum-Ost entnommen. Zum andern ist es die Mehrfunktionalität der Stadtfeste über ihren kulturellen Effekt hinaus, welche sie bei den Kommunalverwaltungen attraktiv machen. Sie können von kommunaler Verwaltung wie von Politikern als Medium der Öffentlichkeitsarbeit benutzt werden - sei es, daß Ämter die Festtage zugleich zu „Tagen der Offenen Tür“ erklären oder daß, traditioneller, Stadtprominenz sich bei Festauftritten als Gastgeber, ja „Mitmacher“ präsentiert - wobei solche Auftritte freilich gegenwärtig, je nach Situation und Zusammensetzung des Publikums, nicht ohne Risiko sind.⁴ Wichtiger noch dürfte die Verwaltungshoffnung sein, die Stadtfeste könnten als Reklame für die Lebensqualität der Stadt insgesamt wirken und so z. B. der Abwanderung aus den Cities gegensteuern; ebenso die - wohl realistischere - Absicht, mit den Festen während der Festtage auch ein Kaufpublikum in die Stadt zu locken, das nicht nur das Dekor vor den Ladengeschäften beachtet, sowie der Wunsch, das Sichbewegen und Sichversorgen in der Innenstadt zu habitualisieren. „Die Erfolge“,

heißt es in einer Expertise über das Altstadtfest Hannover, „zeigen sich im Laufe der Jahre durch eine zunehmende Frequentierung der Altstadt zum Einkaufen, Bummeln, also auch als Ort der Freizeitverbringung.“⁶ „Die Feste“, sagt der Stuttgarter Stadtdirektor Faerber, nachdem er die Zahl von 130 000 Einpendlern genannt hat, die in der Stadt arbeiten, aber kaum einkaufen. „sollen also... eine gewisse Stadtfreundlichkeit erwecken, die wiederum zum Ziele hat, daß die Menschen dann auch in diese Stadt hereinkommen, wenn dann die Geschäfte offen sind.“⁷

Doch solche nicht zuletzt profitfördernden Funktionen der Stadtfeste machen zweifellos nicht deren kulturelles Angebot und seine Wirkungen auf Akteure und Publikum ebenfalls „systemimmanent“. Sie mögen es einengen: etwa, indem ökonomische Erwägungen - das Einsaugen von Touristen und anderen in die Einkaufszonen zum Beispiel - eher das Abhalten von in ihrem kulturpolitischen Wert mitunter fragwürdigeren Cityfesten als das von Stadtteilfesten forcieren. Prinzipiell aber helfen sie der Entfaltung eines eigenen kulturellen Funktionskreises auf. Seine Möglichkeiten und Grenzen sollen in den folgenden - auf die Analyse kultureller Festaktivitäten im engeren Sinn beschränkten - Abschnitten versuchsweise skizziert werden. „Versuchsweise“ ist dabei keine Bescheidenheitsfloskel, sondern trägt der Tatsache Rechnung, daß es bisher - so viel dem Verfasser bekannt ist - an umfassenden empirischen Untersuchungen über die neuen Stadtfeste fehlt und die folgenden Bemerkungen sich lediglich auf das Studium einzelner Festprogramme und Festprogrammatiken, auf Berichte über einzelne Feste, auf Dokumentationen von Stadt- und Stadtteilfesten insbesondere aus München, Frankfurt, Bochum, Kiel und Tübingen sowie die eigene Beobachtung solcher Veranstaltungen stützen. Möglich sind hierbei nur erste, oft vielleicht unbefriedigend allgemeine Tendenzangaben, die eine spätere Forschung ergänzen und prüfen müßte.

„Kultur für alle“

Ohne Zweifel ist es den neuen Stadtfesten gelungen, nicht nur ein großes, sondern ein über den Kreis der traditionell Interessierten hinausreichendes Publikum für seine Kulturveranstaltungen zu gewinnen. Dafür sprechen nicht einfach die von den Festen gemeldeten Besucherzahlen, die ja noch trügen könnten, sondern auch Beobachtungen einzelner Programmteile: Die Aufführung von Orffs „Carmina Burana“ bei „München Kultur“ im Jahre 1977 hatte allein an einem Abend an die 20 000 Zuhörer. Auf die Frage, was diesen Zustrom hervorruft, wird oft als erstes die Eigenschaft dieser Feste genannt, „Kultur als Konterbande in das Dickicht der Städte (zu)schmuggeln“:⁸ daß sie aus den Mauern der Kulturinstitute, ja auch aus einem umzäunten Festbezirk

herausgehen und Orte der Alltagskommunikation wie Straßen, Plätze, Märkte, aber auch Verkaufsräume oder Kneipen aufsuchen. Konstatiert wird, daß dies Verlassen traditioneller Kulturstätten wie Konzertsaal, Theater oder Kunstmuseum für den Adressaten nicht einfach eine örtliche, sondern auch eine psychische Zugangserleichterung bedeute: mit dem, was auf der einen Seite zum Beispiel von Vorhang und Bühne symbolisiert wird, soll auf der anderen Seite das Respektphänomen des zugeschnürten Halses, repräsentiert durch die Krawatte, abgebaut werden. Dem wäre hinzuzufügen, daß natürlich nicht nur die Art, wie Kunst auf Festen dargeboten wird, sondern auch die Tatsache, daß auf Festen eben nicht nur Kunst geboten wird, einem neuen Publikum Zugänge eröffnet; daß hier ein ganzes Ensemble von Unterhaltung, Geselligkeit, Konsumangeboten zum Besuch und damit auch in die Nähe von Darbietungen lockt, die isoliert angeboten weit weniger frequentiert würden. Vor allem aber ist auf die kaum zu unterschätzende Anziehungskraft des Nulltarifs hinzuweisen, der festliche vor alltäglichen Kulturangeboten zumeist auszeichnet. Daß seine Bedeutung im öffentlichen Lob von Stadtfesten oft weniger betont wird als die Wirkung einer „Kultur unter freiem Himmel“, dürfte auch damit zu erklären sein, daß das Festmodell „Natürlichkeit“ leichter als Alltagsmaxime für öffentliche Kulturarbeit übernehmbar ist als das Festmodell „Freihalten“.

Die pauschale Formel von der Festkultur für alle, die auch eine bisher nur von wenigen rezipierte Kultur zu „demokratisieren“ vermöge, ist freilich zu relativieren. Sieht man genauer nach, was denn auf den Stadtfesten authentisch dargeboten wird, so stößt man vor allem auf solche Kunstgattungen und Kunstformen, die - von Kleintheatern, kleinen Musikgruppen, Tanzensembles aufgeführt - eh nicht in Musentempeln versteckt leben. Ein Großteil des Kulturprogramms gerade städtischer Kultureinrichtungen bleibt aus Platzgründen oder der Transportkosten wegen vom Fest ausgeschlossen - sieht man von Konzertveranstaltungen ab, die in diesen Tagen wenn auch weniger ins „Dickicht der Städte“ als in den Schloßpark oder auf den Rathausplatz gelangen. Die Städtische Galerie bringt natürlich nicht ihre Bilder mit, sondern Pinsel und Papier für eine Malaktion; das Stadtmuseum präsentiert Kleinplastik, die sich den Platz in den Schaufenstern oft auch noch mit ebenfalls popularitätsheischenden Waren teilen muß; was das Stadttheater von seinem Brechtprogramm offeriert, beschränkt sich auf einige Songs. „Vergesellschaftet“ vom kulturellen Reichtum der Theater, der Oper, der Kunst- und Kunstmuseen - sofern sie in der Stadt überhaupt vorhanden sind - wird auf dem Fest also weitgehend nur das Handgepäck; und auch davon kann man oft, der Rezeptionsbedingungen „vor Ort“ wegen, nur einen Eindruck mitnehmen.¹⁰ Daß dieser Eindruck quantite

negligeable sei, soll damit freilich nicht gesagt werden. Das belegen Applaus und Kommentare von Festbesuchern ebenso wie Nachwirkungen der Feste: So meldeten zum Beispiel die Münchner Theater, die „München Kultur“ 1977 mitbestritten hatten, danach einen vermehrten Publikumsandrang, ja das Ausverkauftsein auch bis dahin nur schleppend besuchter Aufführungen. „Deutlicher Zulauf“, schreibt der Münchner Merkur über dasselbe Stadtfest, sei auch „bei den Stadtbüchereien und bei den Münchner Philharmonikern“ zu verzeichnen gewesen, „bei denen sich viele unter Berufung auf die Kulturwoche zum erstenmal ein Buch ausliehen oder zum erstenmal eine Konzertkarte erstanden.“¹¹

Im kulturpolitischen Alltag aber, in den das Fest weiterwirken soll, endet der kulturelle Nulltarif und damit eine wesentliche Voraussetzung für die Perpetuierung von Masseninteresse an Kulturangeboten. Es endet vielfach aber auch etwas anderes: die Suggestion der Straßenfestkultur nämlich, Kulturteilhabe sei eigentlich doch ziemlich voraussetzungs- und anstrengungslos zu bewerkstelligen; die nicht nur psychologischen Barrieren der Kunstdemokratisierung beginnen sich wieder zu konturieren. Nun spätestens fällt auf, daß die Stadtfeste ja weniger das auch dem eigenen Gehalt nach Schwierige neu präsentieren als vielmehr in sich selbst relativ Zugängliches nur von esoterischem Aufführungsritual und Aufführungsambiente befreien. Die Art und Weise, in welcher diese Tendenz von Stadtfesten gelobt und als Modell für eine neue kommunale Kulturarbeit überhaupt empfohlen wird, ist äußerst problematisch. „Neue Perspektiven also, Kultur nicht mehr eng und elitär, nicht mehr an Frack und Abitur gebunden, nicht mehr Bildungs- und Pflichtübung und Prominentenprestige, auch nicht erzieherische Kulturvolksküche der Gescheiten für die Nichtgescheiten, sondern schlicht ein Volksfest der Kultur“¹² so spricht die Dokumentation des Münchner Kulturamts über dessen „München Kultur“ und verwirft dabei mit der Protzerei mit kultureller Kennerschaft auch die Kennerschaft selbst, mit den Vorzügen eines guten Anzugs auch die einer guten Ausbildung. Die Stadtfestkultur für alle kann nützliche Hinweise für die alltägliche Kulturarbeit geben, insofern sie erproben hilft, eine dem Interesse der Massen dienende, aber noch außerhalb seiner Bedürfnisse liegende Kultur organisatorischer, räumlicher, psychischer Rezeptionsbarrieren zu entledigen. Die Anstrengung kultureller Volksbildung aber durch Angebote ersetzen zu wollen, die sich wie viele - nicht alle - Elemente der Kulturvolksfeste primär an Freizeitbedürfnissen nach Unterhaltung und Entspannung orientieren, mag zwar antielitär erscheinen, würde aber nur das Weiterbestehen von Eliten zementieren helfen.

Animation

Nun will das „soziokulturelle“ Stadtfest nicht nur Kulturangebote, sondern die eigenschöpferische Kulturteilhabe popularisieren. Es inseriert sich als „animatorisches“ oder „agogisches“ Modell eines kulturellen Lernorts, das Alltagsdefiziten an kultureller Selbstverwirklichung entgegenarbeite oder, mit den Worten des Programms der „Spiellinie an der Kiellinie“ im Rahmen der Kieler Woche 1979 formuliert, „durch ein breites Mitmachangebot spielerisch die eigene Kreativität zu entdecken oder weiterzuentwickeln“¹³ ermögliche.

Die Realisierungsversuche für diese Programmatik sind vielfältig und lassen sich gewiß nicht in wenigen pauschalen Bemerkungen abhandeln. In vielen Fällen, so zeigt sich freilich schon bei einem ersten Überblick, beschränkt sich die „Mitmachkultur“ auf recht billig veranstaltbare und in ihrer qualifikatorischen Bedeutung für die Kulturteilhabe sehr niedrig anzusetzende Massenveranstaltungen: auf Sackhüpfen zum Beispiel oder das besonders beliebte „Volksmalen“ auf straßenlange Papierrollen oder Bretterwände. Es fehlt nicht an Versuchen, schon solchen Aktionen kulturell innovative, ja alltagskritische Qualität zuzuschreiben. Eckart Pankoke z. B. sagt vom gemeinsam Singen, Schunkeln, Tanzen als solchem, daß es „soziale Kompetenzen und öffentliche Tugenden wie Soziabilität und Solidarität“ aktiviere.¹⁴ Auch der Dirigent einer Bierzelkapelle, der sich weniger um den Takt der Musik als den der Trinkbewegungen kümmert, könnte sich bei solch abstrakten Kriterien mit dem Titel eines „soziokulturellen Animators“ schmücken. Ernster zu nehmen ist die Bedeutung von Aktivierungsmodellen, wie sie z. B. die erwähnte Kieler „Spiellinie“ enthält. Gestützt auf Forschungsarbeiten und die langfristige Vorbereitung durch Kunst- und Pädagogikwissenschaftler, durch Sozialarbeiter, Künstler, Architekten wird hier seit einigen Jahren jeweils ein auch während des Fests gut betreuter „Kreativspielplatz“ eingerichtet. Auch hier dürften freilich Programm und image oft in Gegensatz zum real existierenden Mitmachbetrieb stehen. So nennt z. B. Dieter Opper, der Kieler Kulturreferent, als Ziel der „Spiellinie“ die „gesellschaftlich notwendige Entwicklung kreativer Fähigkeiten, die Herausbildung bewußter Wahrnehmung und die damit verbundene Befähigung zur Auseinandersetzung mit Lebensbedingungen und ihrer möglichen Veränderung.“¹⁵ Konkret vorzufinden sind dann aber vor allem Dinge wie das Mitmachen beim Bau eines Fantasie-Omnibusses aus Holz, das Bekleiden eines 20 m großen Riesen, der Gang durch eine irrgartenähnlich angelegte „Klangstraße“, die Möglichkeit zum Sichschminken und Maskieren oder zu einem improvisierten, schon wegen Besucherandrang und Fluktuation kaum konzentriert durchzuführenden Rollenspiel. Hier

von „öffentlichen Anstößen und Anregungen zur Selbstverwirklichung und Gemeinschaftsbildung“¹⁶ zu sprechen, schwebt hoch über dem, was Angebotsstruktur und Tätigkeitsformen solcher Animationsmodelle an Fähigkeiten- und Erfahrungsausbildung allermeist zulassen. Hinwegtäuschen kann man sich darüber freilich, indem man statt Planlosigkeit Spontaneität, statt Behelfsmäßigkeit Improvisation sagt oder eigenes kreatives Tun dadurch möglich macht, daß man eben eigenes Tun als kreativ bezeichnet. „Nicht das artifizielle Endprodukt steht im Mittelpunkt“, heißt die einschlägige Halbwahrheit, die solcher Scheindemokratisierung dienen kann, „sondern das kreative Tun der Einzelnen; nicht das Ergebnis - die Pflege amateurhafter, kreativer Selbstverwirklichung“.¹⁷ Man könnte dann freilich auch das letzte Komma weglassen und von amateurhafter Pflege der Selbstverwirklichung reden. Dem Spielvergnügen - zumal dem, das Kinder auf den genannten Spielplätzen finden können - ist damit kein Tord angetan. Es geht nicht darum, an Vergnügungen nur mehr das Brechtsche Vergnügen an der Dialektik zu empfehlen. Zur Kritik steht aber eine - schon bei dem Problem der „Kultur für alle“ konstatierte - programmatische Tendenz, die Schwelle von der Freizeitentspannung zur Teilhabe an den kulturellen Produktivkräften der Zeit zu eskamotieren statt real überwinden zu helfen.

Damit ist aber nicht behauptet, daß die Aktivitäten auf Kreativspielplätzen nur die selbstzweckhafte Spielfreude enthalten, die vielen soziokulturellen Programmatikern schon per se als emanzipativ erscheint - dies von einem Ansatz aus, der zwischen entfremdeter Arbeit und bloßem Spiel kein Drittes, nämlich schöpferische Arbeit sieht und es für gewährleistet hält, daß „spielende Menschen durch den gemeinsam erlebten Spaß und das gemeinsame ‚sinnlose‘ (im Sinne unserer Leistungsgesellschaft) Handeln in der Öffentlichkeit den Widerspruch erkennen, der zwischen der oft sturen, lediglich Geld einbringenden Arbeit und dem ureigensten menschlichen Bedürfnis nach Spielen“ bestehe.¹⁸ Zu unterstellen ist vielmehr, daß auch bei dem, was programmatisch nur als „Spielspaß“ firmiert, mitunter auch durchaus individuelle und soziale Lebensinteressen - und nicht nur Einzelbedürfnisse nach Entspannung oder Kommunikation als solcher - eingebracht werden. Man sollte auch bei Massenspielen die spielenden Massen nicht unterschätzen. Eine Analyse der bemalten Wände und Papiere, die nach Volksmalaktionen zurückbleiben, dürfte hier einiges zutage fördern. Als - gewiß harmloses - Beispiel sei hier nur der Spruch zitiert, mit dem sich ein Kind auf der „Spiellinie“ verewigte: „Hallo, Ihr Typen vom Stadtrat! Gegen eure Organisation ist eigentlich nichts zu sagen. Aber nur eigentlich. Denn welcher Idiot hat veranlaßt, daß die Spiellinie in der Kieler Woche nur eine Woche dauert?“¹⁹

Wirklich entfalten kann sich das Interesse an der Artikulation und Gestaltung komplexerer Inhalte auf den „Kreativspielplätzen“ aber eben kaum. Ein alternatives Modell sind hier die auf manchen Stadtfesten eingerichteten *Workshops*, die Material und Beratung für intensivere Beschäftigung mit kulturellen Ausdrucksmöglichkeiten anbieten. Gemeint ist damit z. B. ein „Kinderpressezentrum“, wie es die „Spiellinie“ enthält, oder das Bereitstellen von Video- und Filmwerkstätten für die Dauer der Festtage. Dabei soll es dann durchaus auch auf das Produkt ankommen: Auf der Schwabinger Stadtteilwoche 1977 z. B., wo den Neufilmern das Motto „Schwabing filmt Schwabing“ gestellt wurde, führte man die fertigen Streifen am letzten Festtag dann auch der Öffentlichkeit vor.²⁰ Der Verdacht, daß es hierbei wohl auch darum gegangen sein könnte, Stadtwerbung zu provozieren und die eigenaktiven Bürger also als verlängerten Arm des Verkehrsamts einzusetzen, mag richtig sein, ist aber doppelt unzulänglich. Zum einen würde dies nichts daran ändern, daß hier immerhin die Benutzung eines in der Hand der Bevölkerung potentiell höchst nützlichen Mediums eingeeübt wurde; zum andern brachte die Filmaktion nicht zum geringsten Teil auch Beiträge wie „Öffnen wir den Leopoldpark!“, welcher mutwillig verhinderte Naherholung einklagte, oder den Film „Senioreninitiative Schwabing“, in der Mitglieder eines Altenzentrums Mängel des öffentlichen Nahverkehrs aufzeigten.²¹ Auch solche Animation bleibt natürlich wenig für wenige, sie bietet aber, anders als die meisten der spektakulären Kreativspiele für viele, wenigstens Modelle einer Kulturarbeit an, deren Veralltäglichsung über das Fest hinaus kulturpolitisch sinnvoll wäre.

Partizipation

Wenn die neuen Stadt feste sich unter das Motto „Wir machen mit“²² oder „Wir machen was“²³ stellen, so weist dies nicht nur auf Mitmachangebote für das Festpublikum, sondern auf die partizipative Struktur des Festprogramms insgesamt hin. Genutzt wird die Möglichkeit für Veranstalter auch außerhalb der städtischen Kulturinstitutionen, in eigener Regie stehende Aufführungen, Ausstellungen, Aktionen ins Fest einzubringen, zum einen von freischaffenden Profigruppen, Künstlern und Kulturarbeitern: Bei „München Kultur“ nahmen 1977 z. B. Gruppen wie das Theater K, das Freie Theater, die Pädagogische Aktion mit ihrem Spielbus, Liedermacher und Schriftsteller teil. Zum andern schafft die partizipatorische Struktur ein städtisches Forum für Personen und Gruppen, die bisher kaum an die breitere Öffentlichkeit getreten sind, die nur innerhalb einzelner Organisationen, Sozialgruppen, ja nur in ihrem Freundeskreis als Kulturschaffende aufgetreten

waren: so für lokal ansässige „Sonntagsmaler“, Fotoamateure, Heimatforscher, für kulturell aktive Frauen-, Jugend-, Ausländer- und Gewerkschaftsgruppen, für Vereine und Werkstätten von Laienkünstlern.

Was diese „Demokratisierung der Festteilhabe“ hervorbringt, wird in Presseberichten zuweilen als „farbig“ zusammengefaßt, eben als Beweis für die „kulturelle Vielfalt unserer Stadt“ und nicht zuletzt als trautes Bild einer intakten Stadtgemeinschaft gepriesen. Solche Reklame darf freilich nicht unbesehen übernommen und als Beleg für eine integrationistische, bloß harmonistische Funktion solcher Partizipation angesehen werden. Das überginge, wie jene Reklame selbst, den jeweiligen Gehalt der nicht nur bunten, sondern inhaltlich differenten, ja divergierenden und keineswegs nur Festtagsstimmung ausstrahlenden Beiträge. Gewiß überwiegen bei der partizipativen Festkultur primär unterhaltende und nicht gesellschaftskritisch akzentuierte Beiträge. Doch auch wo Ausländergruppen sich auf das Vorführen von Folklore beschränken und ein selbstverwaltetes Jugendhaus nur einen Verkaufsstand mit Antiquitäten errichtet, können durch solche stadtoffentliche Präsentation doch Ghettos ein wenig geöffnet, Kommunikationsbarrieren gelockert werden. Und nicht selten gehen die Festangebote „von unten“ über solche Funktionen hinaus, machen Plakate neben dem Verkaufsstand auf fehlende Jugendhäuser und Songgruppen von Schülern oder Junggewerkschaftern auf fehlende Ausbildungsmöglichkeiten am Ort aufmerksam: Die Stadtfeste, zum einen geeignet, mangelnde städtische Lebensqualität für einige Tage vergessen zu machen, sind andererseits in allen beobachteten Fällen das Forum vielfacher Bürgerkritik an eben diesem Mangel. Diese mag - darin ist sie eben Spiegel des bundesrepublikanischen Massenbewußtseins - gewiß häufig hilflos, in ihren Lösungsvorschlägen illusionär sein; doch ist die partizipative Kultur der Stadtfeste insgesamt weit weniger als die Mehrzahl der Angebote privater Kulturindustrie und öffentlich-rechtlicher Medien der Ortplaner Verteidigung der Alltagszustände jenseits des Fests. Sie bieten den zahlreich gewordenen Bürgerinitiativen einer alternativen Kultur die Chance, bisher nur in einer Ecke Existierendes oder gar in eine Ecke Gestelltes als gleichberechtigte, in der Stadt Heimatrecht besitzende Haltung zu reklamieren. Potentiell produktive Wirkung hat solche stadtoffentliche Präsentation dabei auch für diese Haltungen selbst: Sie ist eine Schule des Anknüpfens an Interessen und Gewohnheiten von Bevölkerungsgruppen außerhalb der ingroup, die man bisher oft vor allem erreicht und an der man sich entsprechend orientiert hat. Gerade auch Skandale, die einzelne Auftritte z. B. mit antiklerikalem²⁴ oder antikapitalistischem Inhalt²⁵ auf Stadtfesten hervorgerufen haben, sind mögliche Anstöße für solche Erfahrungsprozesse, deren Zielpunkt nicht „Kompromiß“, sondern „Vermittlung“ heißt.

Nicht irrelevant ist dabei auch, daß bei den Festen auftretende Gruppen ein neues Forum nicht nur im übertragenen Sinn von „neues Publikum“ erhalten: daß sie sich nämlich auf Gehwegen, Plätzen, Straßen bewegen. Das hat, wenn linke Gruppen an Stadtfesten teilnahmen, sogar schon zu der Angst geführt, hier entfachte Funken könnten allzu leicht in den benachbarten Arbeitsalltag überspringen: Die „Arbeitgeberverbände Wuppertal“ warnten beim Städtefest urbs 71 in Wuppertal ihre Mitgliedsfirmen, die geplanten Veranstaltungen auf den Straßen - teilweise einer Kritik der Arbeitswelt gewidmet - könnten zu „Demonstrationen vor Ihren Unternehmen“ und gar „zu Unruhen in oder vor den Betrieben führen“.²⁶ Das Befürchtete trat nicht ein, und auch anderwärts blieb, was sich von der Chefetage aus zuweilen wie revolutionierende Massen ausmachen mag, ein „kulturelles Forum“. Doch auch hier bleibt das aus der genannten Perspektive nicht ganz unbedenkliche Faktum, daß partizipatorische Stadtfeste in die massenhafte Indienstnahme der städtischen Topologie für die Meinungskundgabe von Bürgern einüben. „Plakatieren verboten“ und „Weitergehen bitte“ gerät tagelang in einer Weise außer Kurs, daß Habitualisierungen nicht auszuschließen sind.

Nun gilt natürlich das Partizipationsangebot der Verwaltungen nicht unbegrenzt: Man weiß dort, daß das partizipatorische Prinzip zwar eine günstige Methode für kommunale Kulturarbeit ist, „auch in einem knapp bleibenden finanziellen Rahmen noch Handlungsspielräume (zu) erschließen“²⁷, zugleich aber das Problem mit sich bringt, wie - um wieder Eckart Pankoke zu zitieren - „bei einer situationsbezogenen Aktivierung der Eigendynamik soziokultureller Kompetenzen die Szene einerseits für Innovationen offen bleiben kann, andererseits mit dem systemischen Rahmen öffentlicher Macht und öffentlicher Mittel vermittelbar bleibt.“ Deutlicher: „Eine einmal ausgekuppelte Bewegung kann auch außer Kontrolle geraten, sie kann auf Kollisionskurs entgleiten, was dann wiederum zu Mechanismen des Abbremsens, des Einkuppelns und Abblockens führen kann.“²⁸ Diese „Einkuppelungs“-Versuche sind bei den neuen Stadtfesten aber nicht einfach. Der Festfriede-Begriff und die ihm entsprechende Stimmung vieler Festteilnehmer helfen auch die Äußerung abweichender Haltungen schützen, so lange sie nicht als bewußte Störung auftritt. Problematisch ist insbesondere ein öffentliches Eingreifen der Verwaltung im Festareal selbst: Straßenmusiker wissen: „Wenn bei einem Asphaltkonzert die Polizei einschreitet“, ist die Zeit für lebendiges Straßentheater gekommen.“²⁹ „Das Publikum ergreift meist auch sehr solidarisch Partei für einen, und sofort hat man eine herrliche Diskussion im Gange über Hitlerzeit, DDR, Polizeistaat und dergleichen, ohne daß man selber allzuviel zu sagen brauchte.“³⁰ Aber auch weniger spektakuläre Zensurmaßnahmen

im Zusammenhang der Feste sind, wo es doch um ein Fest aller für alle gehen soll, nicht unbedingt populär: Vielen Kulturdezernenten dürfte noch das sehr gespaltene Echo auf das Aufführverbot für einige Filme in den Ohren klingen, die für urbs 71 bestellt waren, dem Veranstalter dann aber zu radikal erschienen.³¹ Leichter ist es, in die Einladung zur Festteilnahme, die an kulturell arbeitende Gruppen ergeht, bereits Klauseln einzubauen; doch dürfte es auch hierbei schwierig sein, offensichtlich restriktive Verfahrensweisen, die viele partizipationswillige lokale Gruppen - womöglich auch mit lokalbezogenen Themen - aus-schließen, plausibel zu begründen und erfolgreich zu praktizieren.

Erfahrungsberichte zeigen, daß die Praxis der öffentlichen Festträger in diesem Punkt natürlich recht unterschiedlich ist; größere Erhebungen wären auch hier nötig, um einigermaßen gesicherte Aussagen zu machen. Ein Einblick in die „Steuerungsprobleme situativer Selbststeuerung“³² sei hier immerhin am Beispiel der Bochumer Kemnade gegeben - sie ist freilich kein typisches Stadtfest, sondern ein Fest für Ausländer und Einheimische, das von Bochumer Kulturinstitutionen und dem „Solidaritätskomitee ‚Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland‘“ seit 1974 veranstaltet wird. Eben diese Besonderheit bringt es jedoch auch mit sich, daß die Diskussion über Probleme der Partizipation hier besonders ausgeprägt und aufschlußreich ist. Das erste Kemnadefest von 1974 hatte, so der Bericht eines Mitwirkenden, „einen folkloristischen Charakter“; 1975 „zeigt nun auch verschiedene politische Organisationen der Ausländer Interesse an der ‚Kemnade‘ und brachten, wenn auch zögernd, eigene Beiträge ein; andererseits wuchs eben dadurch die Skepsis der Betreuungsorganisationen und Politiker, die wohl lieber eine reine Folkloreveranstaltung gesehen hätten.“³³ Diese Skepsis resultierte insbesondere daraus, daß das Fest diesmal nicht einfach „im Sommer“, sondern parallel zu einem Ausländerkongreß veranstaltet wurde, der von manchen Stellen als Initiative zur Gründung einer Ausländergewerkschaft interpretiert wurde.³⁴ Das Feiern schien im Begriff, sehr direkt zum Feiern von etwas, ja zum Feiern für etwas werden zu wollen. Die bisherigen Kemnade-Erfahrungen der Veranstalter führten dann 1978 zu einem Statut, in dem es heißt: „Die Mitwirkung an ‚Kemnade International‘ steht prinzipiell allen Gruppen offen, die 1) kontinuierlich in der Ausländerproblematik engagiert sind und die Interessen von in der Bundesrepublik lebenden Ausländern politisch oder kulturell vertreten; 2) erklären, daß sie nicht parteipolitisch, sondern auf die Ausländerprobleme konzentriert argumentieren und mitarbeiten wollen; 3) die Gewähr bieten, den Veranstaltungsfrieden nicht zu stören; 4) nicht kommerziell arbeiten und zum Programm beitragen.“³⁵ Zur Mitwirkung am Festival 1978 wurden zudem nur solche Gruppen eingeladen, die sich bereitfanden, „ihre

Ziele und Anschauungen vorher in einem kurzen Text den Veranstaltern mitzuteilen."³⁶ Daß dies freilich eher ein Mittel ist, um den Veranstalter von Verantwortung zu entlasten als effektive Vorzensur ausüben zu können, wird in der entsprechenden Verwaltungsmitteilung selbst deutlich: „Bei der Beurteilung der politischen Ziele der einzelnen Organisationen mußten die Veranstalter von diesen Erklärungen ausgehen. Die politischen Positionen der mitwirkenden Organisationen und Gruppen haben diese selbst, nicht die Veranstalter zu verantworten.“ Als „Abbremsmittel“ befürchteter Radikalität diente weniger das Mittel der Zulassungsbeschränkung zur Festpartizipation als die Verstärkung offiziell organisierter Programmteile: „Der Gefahr politischer Einseitigkeiten versuchten die Veranstalter durch die Ausweitung und Verbesserung der ‚Expertengespräche‘ vorzubeugen.“³⁷ Sie beugten damit zugleich Bestrebungen vor, das Kemnadefest überhaupt wieder abzuschaffen: Der Bochumer Stadtrat stimmte einer Kemnade 1979 zu, nicht ohne daß freilich der Fraktionsvorsitzende der CDU hinzufügte: „Aber wir müssen uns über die zukünftige Trägerschaft unterhalten und Randerscheinungen, die die Beteiligung von linken politischen Gruppen betreffen, beobachten.“³⁸ Partizipation, das wird hier wiederum belegt, bleibt als Integrationsmittel prekär und ist deshalb gerade in der gegenwärtigen Situation von Kassation bedroht.

Nun kann, wie gesagt, das Programm der Kemnade nicht für das der „innerdeutschen“ soziokulturellen Feste und Stadtfeste stehen. Die dort teilnehmenden Gruppen - die Wuppertaler urbs 71 war da vielleicht die Ausnahme - artikulieren in ihren Beiträgen gewiß seltener Alltagsprobleme oder gar explizit politische Interessen als die zum Bochumer Ausländerfest Geladenen. Das liegt nicht nur an der anderen Zwecksetzung, die die Veranstalter dieser Stadtfeste diesen zu geben pflegen, auch nicht nur an der Tatsache, daß die Situation von Ausländern - Gastarbeitern wie Emigranten - in stärkerem Maße zur Nutzung der Festöffentlichkeit für die Darstellung von akuten Problemen drängt, als das bei der Mehrzahl der bundesdeutschen Bevölkerung einstweilen der Fall ist. Es geht hier vielmehr auch darum, daß hierzulande, anders als in den Herkunftsländern der Gastarbeiter zumeist, kaum eine lebendige Tradition vorhanden ist, die unterhaltende und politische Eigenaktivität des Volkes und gar volkstümlich-unterhaltende mit aufklärenden und agitatorischen Qualitäten zu verbinden wüßte. Zwischen der „Internationale“ und „So ein Tag, so wunderschön wie heute“, zwischen dem 1. Mai und dem 17. Juni liegt eine Brache, die erst langsam wieder kultiviert zu werden beginnt. Das neue Stadtfest ist nicht der Protagonist dieser Kultivierung, es hilft allem Anschein nach aber - bei aller Vielgestaltigkeit und Widersprüchlichkeit - doch dabei mit, Elemente einer demokratischen Kultur zu erproben, deren Szene größer als die einer Scene ist.

Kulturpolitischer Stellenwert

Bei der Frage nach den qualitativen Wirkungen des Fests, so sollte deutlich werden, sind also etwas andere Akzente zu setzen als bei der nach seinem Stellenwert für eine quantitative Demokratisierung der Kultur. Hier muß, dem Augenschein vieler Feste und vor allem der mit ihnen betriebenen Reklame entgegen, der Akzent auf den Grenzen dieses Modells im Vordergrund stehen. Freilich gibt es auch von Seitender Veranstalter hierzu mitunter ganz realistische Bemerkungen: Dieter Oppen nennt die „Spiellinie“ „nur einen kleinen Stein in einem Gesamtgefüge“³⁹, und für Münchens Kulturdezernenten Kolbe ist es einem Presseartikel über „München Kultur“ 1977 zufolge, „schon ein Fortschritt, wenn die Leute stehenbleiben, sich interessiert zeigen und vielleicht nur überlegen, ob sie so etwas auch mal selbst machen oder wenigstens öfter sehen möchten.“⁴⁰ Doch auch das Konstatieren einer „Anstoßfunktion“ der neuen Stadtfeste bleibt unkritisch, wenn es sich nicht mit der Feststellung verbindet, daß die Überlebenschancen solcher Anstöße im Alltag, und gar ihre Weiterentwicklung, immutatis mutandis sehr vorsichtig zu beurteilen sind. Behauptungen wie die - nach den Müncher Stadtteilwochen gefallene -, solche Feste seien „keine einmaligen Ereignisse, sondern Ausgangspunkte“, von hier aus bestehe „die Möglichkeit einer Stabilisierung der vorhandenen Aktivitäten der Bevölkerung“⁴¹, mögen sich - was hier nicht näher geprüft werden kann - auf spezielle Anstrengungen in Münchner Stadtteilen stützen; für die Stadtfeste verallgemeinert, übersähen sie jedoch den Trend der gegenwärtigen Bildungspolitik ebenso wie den der kommunalen Kulturpolitik. Die Misere der letzteren, um nur hierzu etwas zu bemerken, beginnt schon mit den steigenden Eintrittspreisen auch für die Zuschaukultur in öffentlichen Kultureinrichtungen. Sie setzt sich fort im Fehlen, ja - gemessen am Bedarf - Abnehmen dezentraler Kulturangebote; als - gewiß nicht extremes - Beispiel einer zwar stadtfestreichen, doch an permanenter Kulturarbeit vor Ort armen Stadt sei hier Hamburg genannt: „Die Stadtteile in Hamburg, die eigentlich große eigene Städte sind, haben gefordert, mindestens 20 Millionen DM für ihr Programm zu bekommen, damit sich die Traditionen und Kulturen der Gruppen selbst entwickeln können. Keine Rede davon. Sie bekommen höchstens DM 300 000.-; davon kann man kaum etwas machen.“⁴² Auch Kulturschaffende, die unter anderem als Animatoren kultureller Breitenarbeit fungieren könnten, werden im kulturpolitischen Alltag kaum unterstützt: „Freie Theatergruppen, Songgruppen, Liedermacher, Bildende Künstler, Filmemacher, Literaten usw., die es heute vermehrt gibt und die auch jwweils zur Mitarbeit in der öffentlichen Kulturarbeit aufgefordert werden, erfahren meistens nur eine sehr

geringe finanzielle Förderung.“⁴³ Ganz zu schweigen von den oft sehr direkt politisch motivierten Etatproblemen, mit denen selbstverwaltete Kommunikationszentren, Jugendhäuser, Kulturclubs zu rechnen haben.⁴⁴

Kurzum: Sätze wie der nach „München Kultur“ 1977 gesprochene: „Daß München eine Stadt mit Kultur ist, braucht nicht mehr bewiesen zu werden“,⁴⁵ arbeiten mit einem eigenen Kulturbegriff oder mit einer optischen Täuschung. Die neuen Stadtfeste verfeiern nicht, wie Potlatchfeste, den Überfluß, sondern tragen nur die Mangelware auf einem Platz zusammen. Doch darf eine hiervon provozierte Täuschung, mit ihrer entlastenden Wirkung für die heutige kommunale Kulturpolitik, nicht als die einzige und auch kaum als die letztlich wesentlichste Wirkung der Stadtfeste auf die Reformdiskussion zur öffentlichen Kulturarbeit angesehen werden. Die Kulturverwaltungen, welche Kulturinstitute, Kulturgruppen, Laienkünstler, Publikum zur „Kultur für alle“ und zur „Kultur durch alle“ gerufen haben, können das dadurch Bewirkte nicht mit einem „Sei's gewesen“ einfach zur Seite schieben. „Vierorts ist eine konstruktive Erwartungshaltung entstanden“, schreiben die Ruhrnachrichten über die Bochumer Bürgerwoche 1978, „die nicht enttäuscht werden darf!“⁴⁶ und in der Dokumentation zu den Münchner Stadtteilwochen 1977 heißt es: „Wir haben mit diesen Wochen nicht nur Freude vermittelt und Kritik provoziert. Wir haben vor allem Erwartungen und Motivationen geweckt...“⁴⁷ Die „soziokulturellen“ Stadtfeste, das ist hier richtig erkannt, sind kein Tropfen auf den heißen Stein, der nichts als einen kurzen Nebel erzeugte. Sie sind den Subjekten nicht nur einen Gegenstand, sondern dem Gegenstand auch ein Subjekt schaffend - als Brutstätten kultureller Begehrlichkeit vielfach auch eine Brutstätte kulturpolitischer Begehrlichkeit. Schein und Vorschein hängen auch hier zusammen.

Anmerkungen

- 1 Nicht für die Steigerung, aber für die hohe Zahl gegenwärtiger Stadtfeste gibt es auch statistische Angaben. Eine Bestandsaufnahme des Deutschen Städtetags fand 1978 in 135 untersuchten Städten 126 Stadtfeste vor, die sich auf 82 dieser Städte verteilen. (Kultur in den Städten. Eine Bestandsaufnahme. Neue Schriften des Deutschen Städtetages, H. 37, Stuttgart 1979).
- 2 Cf. Eckart Pankoke: Soziokulturelle Alternativen. Probleme öffentlicher Förderung und Steuerung. In: Kulturentwicklungsplanung. Tagung der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V. am 21./22. Oktober 1977 (Dokumentationsband). Bonn o.J., S. 8-33, hier S. 21.
- 3 Cf. „Straßenkultur ist keine Ersatzkirmes“, WAZ vom 19. 9. 1978.
- 4 Bürgerwoche im Stadtbezirk Bochum-Ost. Ein Rückblick. Hg. Stadt Bochum, Bochum 1978, S. 30.
- 5 Nicht einmal das Münchner Oktoberfest ist hier auszunehmen. Die Süddeut-

- sehe Zeitung berichtete am 24. 9. 1979 darüber: „Nach einigen genießerischen Schlucken erhob sich Kiesel und grüßte das unter ihm sitzende Volk mit dem Krug, heimste aber keine Ovationen, sondern nur vereinzelt Pfiffe ein. Wenig später wollte es Kronawitter wissen und ließ es ebenfalls auf eine Popularitätsprobe ankommen. Der Beifall war zwar ein bißchen stärker als bei Kiesel, aber auch das Pfeifen lauter.“
- 6 Auszug aus der Schriftenreihe des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit, Bd. 112, „Modelle im Freizeitbereich“: Altstadtfest Hannover, o.O. u. J., S.1.
 - 7 Zitiert nach einem Rundfunkbericht über Stadtfeste von Sibylle Krause-Burger im 2. Programm des SDR vom 23. 7. 1977.
 - 8 So Hilmar Hoffmann, Frankfurter Kulturdezernent, in einem Diskussionsbeitrag in: Kulturpolitik und Kulturarbeit. Kulturpolitische Arbeitstagung des DGB am 8./9. Juni 1979 in Recklinghausen (Dokumentationsband). O.O.u.J., S. 36.
 - 9 Cf. WAZ (wie Anm. 3).
 - 10 Es hieße die Brechtsche oder auch die Benjaminsche Kritik der „versunkenen“ Kunstrezeption verbalhornen, wollte man in der fragmentarischen, ja oft walpurgisnächtlich-mobilen Rezeption, wie sie sich bei Straßen- und Massenfesten gern findet, das Idealbild einer zugleich kollektiven wie zerstreuten Haltung sehen. In diese war immerhin das Element eines mit Her-einschmecken nicht identischen „prüfenden“ Zuschauens und Zuhörens ein-komponiert.
 - 11 „Bayerisches und Internationales bei,München Kultur 78“'. Münchner Mer-
kur vom 19. 7. 1977.
 - 12 München Kultur vom 12.-16. Juli 1977 in der Fußgängerzone (Dokumenta-
tionsband). Hrsg. Kulturreferat der Landeshauptstadt München. München
1977, S. 5.
 - 13 Kieler Woche 1979. Programm. Hrsg. Presseamt der Landeshauptstadt Kiel.
Kiel 1979, S. 76.
 - 14 Eckart Pankoke: Soziokulturelle Alternativen (wie Anm. 2), S. 21f.
 - 15 Dieter Oppen Spiellinie an der Kiellinie. In: Werk und Zeit 5/1977: Seh-
sucht nach Festen, S. 30f., hier S. 30.
 - 16 Ebd., S. 31.
 - 17 Hermann Glaser: Kulturladen - wer ‚verkauft‘ wem was? In: Kulturent-
wicklungsplanung (wie Anm. 2), S. 83-90, hier S. 85.
 - 18 Dieter Oppen: Spiellinie (wie Anm. 15), S. 31.
 - 19 Ebd., S.30.
 - 20 Wir machen was! Dokumentation Stadtteilwochen 1977. Hrsg. Lan-
deshauptstadt München. Kulturreferat in Zusammenarbeit mit der Presse-
und Informationsstelle. München 1977, S. 63f.
 - 21 Ebd.-Cf. auch Bürgerwoche im Stadtbezirk Bochum-Ost (wie Anm. 4), S.
71: „Auch in diesem Jahr bietet die Volkshochschule allen Besuchern der
Bürgerwoche im Stadtbezirk Ost die Möglichkeit, ein eigenes Fernsehpro-
gramm zu machen. Einige Gruppen haben sich bereits zusammengefunden,
die während der Bürgerwoche mit Videogeräten dokumentieren wollen, wo
den Bürgern im Osten der Schuh drückt.“
 - 22 „Bürger begegnen sich - Wir machen mit!“: Motto der Bürgerwoche
Bochum-Ost 1978.
 - 23 Motto der Münchner Stadtteilwochen 1977.
 - 24 Cf. München Kultur (wie Anm. 12), S. 37, 50 und passim über das Jahr-
marktsspiel „Der Ablaß“ des Freien Theaters München.
 - 25 Cf. dazu Klaus H. Revermann: Kunst als gesellschaftliches Angebot. Theo-

- retische Überlegungen und ein praktisches Beispiel: ‚Urbs '71'. In: Olaf Schwencke, Klaus H. Revermann, Alfons Spielhoff (Hg.): Plädoyers für eine neue Kulturpolitik. München 1974, S. 57-65, hier S. 63f.
- 26 Sonderrundschreiben der Arbeitgeberverbände Wuppertal e.V. vom 2. Juni 1971.
- 27 Eckart Pankoke: Kulturlandschaft Stadt - Kulturpolitik in Klein- und Mittelstädten. In: Kulturlandschaft Stadt. Beispiel Klein- und Mittelstädte. Kulturmesse Unna. Jahrestagung der Kulturpolitischen Gesellschaft am 2./3. November 1978 (Dokumentationsband). Bonn o.J., S.13-19, hier S. 18.
- 28 Eckart Pankoke: Soziokulturelle Alternativen (wie Anm. 2), S. 28.
- 29 Klaus Grabenhorst: Straßentheater. In: Jürgen Frey, Hrsg.: Das haben wir daraus gelernt. Neue politische Musik zum Leben und Überleben. Reinbek bei Hamburg 1979, S. 224-227, hier S. 224.
- 30 Jonathan Mayenfoghel: Der Job. In: Jürgen Frey, Hrsg.: Das haben wir daraus gelernt (wie Anm. 29), S. 227-234, hier S. 229.
- 31 Cf. dazu Klaus H. Revermann: Kunst als gesellschaftliches Angebot (wie Anm. 25), S. 63f.
- 32 Eckart Pankoke: Soziokulturelle Alternativen (wie Anm. 2), S. 28.
- 33 Kennade International. In: Werk und Zeit 5/1977 (wie Anm. 15), S. 32f., hier S. 32.
- 34 Ebd.
- 35 Mitteilung der Verwaltung (der Stadt Bochum) vom 17. August 1978, S. 1f.
- 36 Ebd., S. 2.
- 37 Ebd.
- 38 „Kennade '78: Trotz Kritik gibt es Fortsetzung im nächsten Jahr.“ Ruhr-Nachrichten vom 27. 6. 1978.
- 39 Dieter Opper: Spiellinie (wie Anm. 15), S. 31.
- 40 „Malen, Tanzen, Poesie. München brachte die Kultur auf die Straße.“ FR vom 18. 7. 1977.
- 41 Wir machen was! (Wie Anm. 20), S. 7.
- 42 So Karla Fohrbeck in einem Diskussionsbeitrag in: Kulturpolitik und Kulturarbeit (wie Anm. 8), S. 23.
- 43 Ergebnisse der Arbeitsgruppen, in: Kulturpolitik und Kulturarbeit (wie Anm. 8), S. 60.
- 44 Cf. dazu u. a. Wolfgang Nahrstedt: Selbstverwaltete Jugendzentren nach der Krise - was bleibt? Ergebnisse, Bedürfnisse und Grenzen der Jugendzentrensbewegung. In: Neue Praxis, Jg. 6, 1976, S. 362-368.
- 45 München Kultur (wie Anm. 12), S. 5.
- 46 „Bürgerwoche 1978“, Ruhr-Nachrichten vom 21. 6. 1978.
- 47 Wir machen was (wie Anm. 20), S. 73.